

INHALT

1. Handwerk und Baugewerbe üben scharfe Kritik am Tariftreue- und Vergabegesetz
2. Gesetz zur Fortentwicklung der Konsolidierungshilfe wirft viele Fragen auf
3. Frei zugängliches WLAN für alle?
4. Dänen-Ampel will effektives Wirtschaftsförderungsinstrument abschaffen
5. Landesregierung vernachlässigt Westküste
6. Schleswig-Holsteinischer Arbeitsmarkt bleibt stabil

27.09.2012

Handwerk und Baugewerbe üben scharfe Kritik am Tariftreue- und Vergabegesetz
Callsen: Dänen-Ampel bringt Mittelstandsverhinderungsgesetz auf den Weg



Fraktionsvorsitzender Johannes Callsen, MdL

Die Regierungskoalition hat in der heutigen Plenartagung ihren Entwurf für ein Tariftreue- und Vergabegesetz auf den Weg gebracht. CDU-Fraktionschef Johannes Callsen sprach in seiner Rede von einem überflüssigen und unkontrollierbaren Bürokratiekraken, der mit seinen Tentakeln in Bereiche eingreife, die nichts, aber auch gar nichts mit Augenmaß in der Mittelstandsförderungspolitik zu tun habe.

Zusätzlich zum künftig gesetzlich festzulegenden Mindestlohn wolle die neue Landesregierung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge künftig „neben den voraussichtlichen Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des Lebenszyklus-Prinzips insbesondere auch die voraussichtlichen Betriebskosten über die Nutzungsdauer – vor allem die Kosten für den

Energieverbrauch – sowie die Entsorgungskosten“ berücksichtigen“. Dies nannte Callsen ein plakatives Beispiel. „Mittelständische Betriebe, die sich um öffentliche Aufträge bewerben wollen, stehen dann vor einer Flut neuer bürokratischer Vorschriften. Wenn das Gesetz so kommt, wie es jetzt vorliegt, können sich demnächst nur noch Konzerne um öffentliche Aufträge in Schleswig-Holstein bewerben“, so der CDU-Fraktionschef.

Die Redner der Koalitionsfraktionen stellten dies natürlich anders dar. „Dies ist ein Gesetz für die heimische Wirtschaft, nicht umsonst ist das Handwerk auf unserer Seite, wenn es um Mindestlöhne und Tariftreue geht“, erklärte beispielsweise der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Ralf Stegner. Er empfahl Callsen, „nicht nur mit Parteifreunden zu reden“. Insbesondere die Handwerksbetriebe seien für die neuen Regelungen.

Callsen zitierte daraufhin aus dem neuen „Handwerksbrief“ (Link s. unten). Darin spricht Handwerkspräsident Ulrich Mietschke von einem Gesetzentwurf, der „in keiner Weise jenem schlanken Gesetz entspricht, welches Wirtschaftsminister Meyer uns zuvor in Gesprächen zugesagt hatte.... Vielmehr handelt es sich um einen Entwurf, der von Unverständnis, Misstrauen und mangelndem Respekt gegenüber unseren Betrieben geprägt ist. Auf 33 Seiten werden Regeln, Normen, Richtlinien und Vorgaben geschaffen, die unsere Betriebe bei einer Ausschreibung befolgen müssen.“

Stegner ging auf diese Kritik des Handwerks mit keinem Wort ein. Gleiches gilt für die Kritik des Baugewerbeverbandes (Link siehe unten), der in sieben Punkten kaum ein gutes Haar an dem Gesetzentwurf lässt.

Wirtschaftsminister Meyer sowie die Redner von Grünen und SSW bekundeten in ihren Redebeiträgen allerdings Offenheit für Veränderungen. „Die CDU-Fraktion wird gemeinsam mit den mittelständischen Betrieben dafür kämpfen, dieses für unser Land schädliche Gesetz abzumildern“, kündigte Callsen nach der Debatte an.

Die Rede des CDU-Fraktionsvorsitzenden Johannes Callsen finden Sie unter folgendem Link: <http://www.ltsh.de/pressticker/2012-09/27/10-27-09-6e40/PI-UGQN3W5A-cdu.pdf>

Die Pressemitteilung des Baugewerbeverbandes finden Sie unter folgendem Link:

[http://www.bau-sh.de/web/web.nsf/gfx/Tariftreuegesetz%20Vergabe-Monster%20PM_27.09.2012.pdf/\\$file/Tariftreuegesetz%20Vergabe-Monster%20PM_27.09.2012.pdf](http://www.bau-sh.de/web/web.nsf/gfx/Tariftreuegesetz%20Vergabe-Monster%20PM_27.09.2012.pdf/$file/Tariftreuegesetz%20Vergabe-Monster%20PM_27.09.2012.pdf)

Den Handwerksbrief finden Sie unter folgendem Link:

http://www.wvh-sh.de/uploads/media/Handwerksbrief_2-2012_web.pdf

Den Gesetzentwurf finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0100/drucksache-18-0187.pdf>

Gesetz zur Fortentwicklung der Konsolidierungshilfe wirft viele Fragen auf Landesregierung bleibt Vorlage der Richtlinie schuldig - SSW greift kleine Gemeinden an

Wie angekündigt brachte die Dänen-Ampel in der heutigen Landtagsitzung ihren Gesetzentwurf zur Fortentwicklung der Konsolidierungshilfe ein. Die innenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Petra Nicolaisen, wies in ihrem Debattenbeitrag darauf hin, dass die Pläne der Koalition schon rechnerisch nicht aufgehen.

So seien Defizite von über 800 Millionen Euro abzubauen. Die neue Landesregierung wolle den Mitteleinsatz von 90 Millionen Euro beibehalten, den Zeitraum allerdings auf sieben Jahre verkürzen. „Das sind nur 630 Millionen Euro, das ist doch illusorisch“, so Nicolaisen.

Die Innenpolitikerin kritisierte weiterhin, dass Defizit-Kommunen, welche die strengeren Auflagen der Konsolidierungshilfe vermeiden wollten, künftig weiterhin die mit deutlich geringeren Auflagen verbundenen Fehlbetragszuweisungen erhalten könnten.

Auch die bisherige Parlamentsbeteiligung sehe der Entwurf von SPD, Grünen und SSW nicht mehr vor. Voraussetzung für Konsolidierungshilfen werde nun, dass „die Gemeinde oder der Kreis im selben Jahr Fehlbetragszuweisungen nach §16a erhalten hat“.

Nicolaisen: „Das ist der völlig falsche Weg! Sie geben den Kommunen und Städten das Signal, sie könnten jetzt durch die Wahlfreiheit weniger sparen und würden trotzdem die Hilfen der kommunalen Familie erhalten.“

Nicolaisen forderte die Regierungskoalition auf, die Inhalte der geplanten Richtlinie offen zu legen. Dieser Aufforderung kam die Landesregierung nicht nach.

Bemerkenswert war an der Debatte die Sichtweise des SSW auf die kleinen Gemeinden. Unter anderem erklärte SSW-Fraktionschef Lars Harms: „Tatsächlich verhindert die kleinteilige Struktur klare Entscheidungswege und behindert die kommunale Demokratie. Kleine, reiche Umlandgemeinden saugen die großen Städte aus und die Gießkannenpolitik der letzten Jahre tat ihr übriges, um die Ungleichverteilung zu zementieren.“

Gesetzentwurf zur Fortentwicklung der Konsolidierungshilfe:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0100/drucksache-18-0192.pdf>

Pressemitteilung des SSW:

<http://www.ltsh.de/pressticker/2012-09/27/12-18-28-1409/PI-UGQn9BQJ-ssw.pdf>



Petra Nicolaisen, MdL

Frei zugängliches WLAN für alle?

Landtag debattiert über Freiheit und Privatsphäre im Internet

Bislang haften Anbieter von WLAN (Wireless Local Area Network), wenn über ihren Internetzugang Dritte beispielsweise Urheberrechtsverletzungen begehen (beispielsweise Download von Raubkopien). Mittlerweile gibt es deshalb zahlreiche Anwaltskanzleien, die sich auf diesbezügliche Abmahnungen spezialisiert haben. Der Landtag debattierte heute über Anträge der FDP und der Piraten, mit denen Haftungsrisiken für WLAN Anbieter begrenzt (FDP) beziehungsweise komplett aufgehoben werden sollten.

„Diese Abmahnungen erreichen tatsächlich in der Regel nicht den Verursacher der

Urheberrechtsverletzung sondern den in aller Regel gutmütigen Anbieter des privaten WLANs. Neben dieser Ungerechtigkeit wird so auch der Akzeptanz für das Urheberrecht ein Bärendienst erwiesen“, stellte der medienpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Axel Bernstein, fest.

Allerdings sprach er sich zum jetzigen Zeitpunkt gegen die Abschaffung der Haftung aus. „Wer im Netz oder mit dem Netz Rechtsverstöße begeht, muss zumindest damit rechnen dürfen, dass er ermittelt werden kann. Der Rechtsstaat darf nicht schrittweise offline gehen!“, so Bernstein.

Wer konsequent für Freiheit und Privatsphäre im Internet eintreten wolle, der sei nur glaubwürdig, wenn er auch deutlich mache, wie der Missbrauch zu vermeiden sei. „Das bleiben die Piraten mit ihrem Antrag schuldig. Sie treten noch nicht einmal dem Eindruck entgegen, dass sie Rechtsverstöße im Internet für ein zu vernachlässigendes Randphänomen halten“, so der CDU-Abgeordnete.

Für die CDU gelte auch im Internet, dass Freiheit und Verantwortung einander bedingen müssten.

Bernstein: „Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass obwohl das Internet selbstverständlicher Bestandteil der Lebenswirklichkeit der meisten Menschen ist, diese Verantwortung noch nicht so ausgereift ist, wie es dem digitalen Zeitalter entsprechen würde. Um es mal ganz einfach zu sagen: Die meisten Menschen, die mal einen illegalen Download durchführen, würden nie im Leben ein Buch stehlen. Das hat nicht nur mit dem Risiko erwischt zu werden zu tun, das hat auch etwas mit Verantwortung zu tun“.

Diese Verantwortung gelte es zu stärken. Insgesamt hätten es der Gesetzgeber und die Rechtsprechung bislang nicht ausreichend geschafft mit der Entwicklung des Internets Schritt zu halten. Bernstein forderte deshalb ein knappes, übersichtliches „Netzgesetzbuch“, das Datenschutz, Schutz der digitalen Persönlichkeit, Kinder- und Jugendschutz, Verbraucherschutz und Urheberrecht in der digitalen Welt zusammenfasst.

Antrag der FDP:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0100/drucksache-18-0173.pdf>

Antrag der Piraten:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0100/drucksache-18-0195.pdf>



Dr. Axel Bernstein, MdL

Dänen-Ampel will effektives Wirtschaftsförderungsinstrument abschaffen CDU fordert Fortsetzung der Einzelbetrieblichen Förderung in strukturschwachen Regionen

CDU und FDP forderten heute mit zwei unterschiedlichen Anträgen eine Beibehaltung der Einzelbetrieblichen Förderung. Diese will die neue Landesregierung laut Koalitionsvertrag abschaffen, ein Antragsstopp wurde bereits ausgesprochen.

„Die Einzelbetriebliche Förderung ist ein wichtiges Instrument der Wirtschaftsförderung in Schleswig-Holstein, das Investitionen ausgelöst, Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen hat. Solange noch keine bundeseinheitliche Lösung vorliegt, gleicht ein einseitiger Verzicht auf die Einzelbetriebliche Investitionsförderung einer Kapitulation im Standortwettbewerb vor den anderen Bundesländern“, erklärte CDU-Wirtschaftsexperte Hartmut Hamerich in seiner Rede.

In Schleswig-Holstein lag der Wert der geförderten Betriebe in förderfähigen Regionen bei bis zu 16 Prozent im Jahr. Davon hatten laut DIW Wochenbericht vom Februar letzten Jahres 79 Prozent der Betriebe unter 100 Mitarbeiter.

„Die Einzelbetriebliche Investitionsförderung ist demnach nach wie vor ein überaus effektives Instrument der Mittelstandsförderung und damit gut für Schleswig-Holstein“, so Hamerich.

Antrag der CDU-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0200/drucksache-18-0225.pdf>

Antrag der FDP-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0100/drucksache-18-0174.pdf>



Hartmut Hamerich, MdL

Landesregierung vernachlässigt Westküste CDU-Fraktion fordert Investitionskonzept

In der heutigen (27. September 2012) Plenardebatte zu TOP 18 hat der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, Jens-Christian Magnussen, angesichts der Pläne der neuen Landesregierung ein umfassendes Investitionskonzept für die Westküste gefordert.

„Die Grundlage für Wirtschaftswachstum ist die Infrastrukturpolitik. Für die CDU in Schleswig-Holstein steht die A20 hierbei an erster Stelle“, so Magnussen.

Die Menschen erwarteten Verlässlichkeit. „Wir brauchen Lösungen unter anderem für die HusumWind, für den Halt der Marschenbahn in Glückstadt, für die Lang-LKW, für die Druckerei Prinovis in Itzehoe und eine Ansiedlungsstrategie für den ChemCoastPark in Brunsbüttel. Die Westküste hat keine Ankündigungen verdient, wir wollen mehr als nur Versprechungen“ forderte der CDU-Wirtschaftsexperte.



Jens-Christian Magnussen, MdL im Plenum

Schleswig-Holsteinischer Arbeitsmarkt bleibt stabil **Beste Zahlen seit 19 Jahren**

Im September 2012 liegt die Arbeitslosenquote laut des heutigen Berichts der Bundesanstalt für Arbeit bei 6,5 Prozent. Das ist der beste Wert seit 19 Jahren.

Die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung verläuft zum Vorjahr weiterhin gut. Im Vorjahresvergleich sind 16.500 zusätzliche Stellen entstanden, vor allem im Handel, bei den unternehmensnahen Dienstleistungen und auch im Gesundheits- und Sozialwesen.

Bislang habe die Eurokrise in Schleswig-Holstein keine Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Die Nachfrage nach Arbeitskräften sei nach wie vor stabil, teilte die Arbeitsagentur mit.

Den – auch nach Kreisen aufgeschlüsselten – Bericht finden Sie unter folgendem Link:
<http://www.arbeitsagentur.de/Dienststellen/RD-N/RD-N/A01-Allgemein-Info/Allgemein/amb/amb-SH/September-2012.pdf>

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de